

Absendende Person:

Gz.: 8521.2.	#XXX
bzw.	
Antrags-ID:	

Bundesamt für Logistik und Mobilität
- nur elektronische Übermittlung über das eService-Portal -

Weiterbildung

Staatliche Zuwendung auf Grundlage der Richtlinie über die Förderung der Weiterbildung in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen¹

Änderungsmitteilung/Verzicht auf Förderung für Änderungen gemäß Nr. 5 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P)

1. Antragsrücknahme*

***ganz oder teilweise** – möglich **bis** zum Zeitpunkt der **Bestandskraft des Zuwendungsbescheides**

Ich nehme den Antrag vom	(TT.MM.JJJJ),
<input type="checkbox"/> <u>vollständig</u> zurück.	
<input type="checkbox"/> <u>teilweise</u> zurück im Hinblick auf folgende Maßnahmen**:	
**Ein Austausch von Maßnahmen ist nicht zulässig. Hierfür ist ein neuer Antrag zu stellen.	

Lfd. Nr. der Maßnahme lt. Antrag	Kategorie der Maßnahme lt. Maßnahmenkatalog	Reduzierung der teilnehmenden Personen und/oder Schulungskosten	
		Teilnehmende Personen neu	Schulungskosten/Personalkosten für ausbildende Personen neu (Gesamtsumme für alle teilnehmenden Personen) ²

¹ nachfolgend Richtlinie „Weiterbildung“
² vgl. Nrn. 5.2.1.1 und 5.2.2 der Richtlinie „Weiterbildung“

2. Verzicht auf die Auszahlung einer Zuwendung für bewilligte Maßnahmen***

***ganz oder teilweise – möglich nach Eintritt der Bestandskraft des Zuwendungsbescheides

Ich verzichte auf die Auszahlung der mir mit Zuwendungsbescheid vom (TT.MM.JJJJ),
in Höhe von Euro bewilligte Zuwendung,

- in voller Höhe.
 teilweise im Hinblick auf folgende Maßnahmen:

Lfd. Nr. der Maßnahme lt. Antrag	Kategorie der Maßnahme lt. Maßnahmenkatalog	Reduzierung der teilnehmenden Personen und/oder Schulungskosten	
		Teilnehmende Personen neu	Schulungskosten/Personalkosten für ausbildende Personen neu (Gesamtsumme für alle teilnehmenden Personen) ³

**Hinweis zu Nrn. 3 bis 5: Diese Angaben sind lediglich alternativ möglich,
d. h. entweder zu 3. oder 4. oder 5.**

3. Änderung der die zuwendungsempfangene Person betreffenden Angaben****

****Mehrfachnennung möglich

Änderung von:	Alt:	Neu:
<input type="checkbox"/> Name	sofern vorhanden: Registergericht/Registernummer /	sofern vorhanden: Registergericht/Registernummer /
<input type="checkbox"/> Rechtsform		
<input type="checkbox"/> Anschrift		
<input type="checkbox"/> Bankverbindung		
Zum (TT.MM.JJJJ – Datum der rechtsgültigen Änderung)		

³ vgl. Nrn. 5.2.1.1 und 5.2.2 der Richtlinie „Weiterbildung“

4. Wechsel der Rechtsperson der zuwendungsempfangenen Person *****

*****lediglich eine Ankreuzung möglich

durch:	Alt:	Neu:
<input type="checkbox"/> Fusion	sofern vorhanden: Registergericht/Registernummer /	sofern vorhanden: Registergericht/Registernummer /
<input type="checkbox"/> Abspaltung		
<input type="checkbox"/> Übernahme		
Zum (TT.MM.JJJJ – Datum der rechtsgültigen Änderung)		
Das unter „Neu“ benannte Unternehmen ist Rechtsnachfolger/in des unter „Alt“ benannten Unternehmens.		
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		

5. Unternehmensauflösung

Zum (TT.MM.JJJJ – Datum der rechtsgültigen Änderung) ggf. Registergericht/Registernummer /
--

6. Sonstiges (z. B. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens)

--

7. Erklärungen

Mir/Uns ist bekannt, dass

- Zuwendungen, deren Bewilligung aufgrund falscher oder unvollständiger Angaben durch die Zuwendungsempfänger oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen des Zuwendungsbescheides erlangt wurden, entsprechend den einschlägigen Vorschriften zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen sind.

Insbesondere folgende Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und ein Subventionsbetrug strafbar ist:

- Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung maßgeblich sind,
- Tatsachen, die für die Weitergewährung, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind,
- die angegebenen Tatsachen im Verwendungsnachweis, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.

- ich/wir verpflichtet bin/sind, unverzüglich alle Änderungen der vorgenannten subventionserheblichen Tatsachen gegenüber dem Bundesamt mitzuteilen. Ferner ist mir/uns bekannt, dass gemäß § 4 Abs. 1 SubvG im Falle von Scheingeschäften oder Scheinhandlungen der verdeckte Sachverhalt maßgeblich ist.

Die in dieser Änderungsmitteilung einschließlich der jeweiligen Anlagen enthaltenen Daten verarbeitet das Bundesamt für Logistik und Mobilität durch die hierfür zuständigen Beschäftigten nur für die Durchführung Ihres Antrags-/Verwendungsnachweisverfahrens und zur Erstellung anonymisierter Statistiken.

Die Bearbeitung und die Entscheidung über Ihren Antrag/Verwendungsnachweis erfolgt nicht ausschließlich automatisiert nach Maßgabe der hierfür geltenden Rechtsvorschriften (§ 14a, § 15 Absatz 4 Nr. 5 und § 15a Absatz 4 Nr. 4 Güterkraftverkehrsgesetz, der dort genannten EU-Bestimmungen und der Richtlinie „Weiterbildung“).

Ihre Daten werden gelöscht, sobald die maßgeblichen haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (hier: 10 Jahre nach Abschluss des Zuwendungsverfahrens).

Mit Ihrer Unterschrift auf dieser Änderungsmitteilung willigen Sie ein, dass das Bundesamt für Logistik und Mobilität Ihre darin enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeitet, soweit dies für die Durchführung des Antrags-/Verwendungsnachweisverfahrens einschließlich Rechnungsprüfung erforderlich ist.

Sie können diese Einwilligung für die Zukunft gegenüber der verantwortlichen Stelle widerrufen. In diesem Fall ist dem Bundesamt für Logistik und Mobilität allerdings eine Weiterbearbeitung Ihres Antrags/Verwendungsnachweises nicht mehr möglich.

Bei Fragen speziell zum Datenschutz einschließlich Ihrer Rechte als betroffene Person können Sie über folgende E-Mail-Adresse Kontakt mit uns aufnehmen:

<mailto:datenschutz@balm.bund.de>.

Detailliertere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesamtes für Logistik und Mobilität www.balm.bund.de.

Ich/Wir erkläre/n, dass alle in diesem Formular gemachten Angaben vollständig und richtig sind und durch geeignete Unterlagen belegt werden können.

Ort, Datum

Unterschrift der antragstellenden Person
der gesetzlichen Vertretung
oder der bevollmächtigten Person
(und ggf. Firmenstempel)